

# Kritischer Blick zurück

Von Angelica Taubel

## **KREISKLINIK CDU-Position sorgt im Kreistag für ausgedehnte Debatte über weiteres Vorgehen zum Defizitabbau**

KREIS GROSS-GERAU - Die politische Debatte über die Kreisklinik Groß-Gerau verschärft sich. In der Kreistagssitzung am Montag war es vor allem Sabine Bächle-Scholz (CDU), die Kritik am Management der vergangenen Jahre äußerte. Seit Jahrzehnten komme der Kreis für die Verluste der Klinik auf, eine schwarze Null sei so gut wie nie erreicht worden. Im Wirtschaftsplan 2016 sei nichts Neues zu erfahren, er sei die „Fortschreibung des desaströsen Zustands“. Zudem sei ein Wirtschaftsplan, der die Kosten der geplanten Neustrukturierung nicht abbilde, wenig sinnvoll. Wirtschafts- und Businessplan gehörten zusammen.

Den Stillstand beim Krankenhaus zu verantworten habe der Landrat, nicht das Land, sagte Bächle-Scholz. Während sich andere Kliniken positioniert hätten, sei es in Groß-Gerau nicht gelungen, besondere Angebote wie die ambulante Chirurgie zu schaffen. Daher könne Landrat Thomas Will (SPD) nun nicht das Land kritisieren. Dieses entscheide mit den Krankenkassenverbänden darüber, ob und wie Mittel aus dem Krankenhausstrukturfonds vergeben werden.

- **WILL: AUFLAGEN LASSEN SICH EINHALTEN**

Die Auflage des Regierungspräsidiums (RP) Darmstadt, eine Nettoneuverschuldung zu vermeiden, lässt sich im Haushaltsjahr 2016 einhalten, gab Landrat Thomas Will (SPD) in der jüngsten Kreistagssitzung bekannt. Ausgenommen von der Grenze seien in Absprache mit dem RP zwei Investitionen, darunter 600 000 Euro für die Kreisklinik Groß-Gerau GmbH. In seiner Haushaltsrede sagte Will, das Land Hessen stehe in der Pflicht, dem Kreis aus dem Krankenhausstrukturfonds nicht nur Geld für Bettenabbau zur Verfügung zu stellen, sondern auch für die geplante Neuausrichtung als Zentrum für Altersmedizin. Dies werde er bei einem Termin mit dem Finanzausschuss des Landes deutlich machen.

Über das Ergebnis würden die Gremien rasch informiert. (tau)

Plan B oder C vermisst

Auch vermisse sie „Plan B oder C des Kreises“, falls das mit strategischen Partnern geplante Zentrum für Altersmedizin nicht zustande komme. Bächle-Scholz: „Der Kreis muss ein zukunftsfähiges Konzept für die Klinik vorlegen. Dann gehen wir von der CDU auch mit.“

Den vorwurfsvollen Tönen schloss sich Fritz Klink von der FDP/FW-Fraktion teilweise an. Es sei zu einfach, nur Land und Bund wegen mangelnder Unterstützung zu kritisieren. Der Kreis müsse auch selbstkritisch auf die „Never-ending-story“ Kreisklinik schauen. Andere Anbieter im Gesundheitswesen hätten vorgemacht, dass Neuentwicklungen schneller möglich sind. Die Klinikleitung sei lange überfordert gewesen, Aufsichtsgremien hätten zu spät

eingegriffen. Nun wünsche er dem Landrat allerdings einen Verhandlungserfolg beim Land, denn an einem Ort gebündelte medizinische Angebote für alte Menschen im Kreis seien nötig.

Das sieht auch Helmut Kinkel (Freie Wähler-Bürgerliste) so. „Die altersmedizinische Ausrichtung wäre erfolgversprechend.“ Zudem erinnerte er daran, dass der Kreis viel versucht habe, sein Krankenhaus attraktiver zu gestalten. Die Klinikverwaltung sei nicht überfordert gewesen, „das müssen Sie erst mal nachweisen“, so Kinkel in Richtung Fritz Klink. Das Defizit sei aktuell gesunken. Auch betonte Kinkel, dass alle Parteien in ihren Kommunalwahlprogrammen davon gesprochen hätten, die Klinik erhalten zu wollen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Jan Deboy und Linken-Fraktionschefin Christiane Böhm gingen auf die „problematische Distanzierung“ der CDU (Böhm) und deren „überkritischen Blick zurück“ (Deboy) ein. Dies sei bedauerlich. Es wäre gut, wenn die gemeinsame Position erneuert werden könnte, meinten sie. Denn es sei ein guter Plan, sich im Verbund mit anderen Kliniken (aus Darmstadt, Rüsselsheim, Riedstadt) den Herausforderungen zu stellen. Versorgung im Krankenhaus müsse möglich sein, ohne dass Patienten und Angehörige zig Kilometer fahren müssten, sagte Christiane Böhm. Es gebe einen allgemeinen Investitionsstau bei den hessischen Kliniken. Da sei deutliche Unterstützung durch das Land nötig.

Landrat Thomas Will appellierte, wie zuvor Jan Deboy, an das Land, sich bei seiner Entscheidung über die Mittelvergabe für den Kreis nicht zum „Büttel der Krankenkassen“ zu machen. Diese hätten schon bei der Strukturreform der Bereitschaftsdienstzentralen das Sagen gehabt – und nicht im Sinne des Kreises entschieden. Was die Frage eines möglichen Klinikneubaus, der mit 50 Millionen Euro angesetzt ist, betrifft, sagte Will, die Angebote eines altersmedizinischen Zentrums seien in der bestehenden Gebäudestruktur aus den sechziger Jahren nicht darzustellen. Wichtig sei ihm in der aktuellen Lage, in der verhandelt werde, dass niemand die Kreisklinik schlechter rede als sie ist. Die Bezeichnung „desaströser Zustand“ widerspreche den Bemühungen, sich weiter für das Krankenhaus zu engagieren, übergehe die Anstrengungen der Mitarbeiter. Weil viele Menschen nicht zwischen finanziellen und medizinischen Punkten unterschieden, wäre dann eine „Abstimmung mit den Füßen“ bei den Bürgern zu befürchten.

Den Jahresabschluss der Klinik befürworteten am Ende alle Fraktionen. Für den Wirtschaftsplan stimmten die Abgeordneten der rot-grün-roten Koalition.